

Medien, Personen, Kultur und Orte: Viele Aspekte halten die Erinnerung wach
IKKDOS-Fachtagung zum Thema „Migration und Integration: Erinnerungskultur“

Aus verschiedenen Perspektiven beleuchtete Mitte September die zweitägige Fachtagung des Instituts für Kirchengeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS) das Thema „Migration und Integration: Erinnerungskultur“. Der meisten der ca. 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer steuerten dazu in den fünf Arbeitseinheiten Kurzreferate bei. Mitveranstalter der im Tagungshaus Schönenberg bei Ellwangen durchgeführten Veranstaltung waren die Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland und der Historische Verein für Ermland.

In seiner Einführung erinnerte der IKKDOS-Vorsitzende Prof. Dr. Rainer Bendel an den Westfälischen Frieden von 1648, an das Ende des Zweiten Weltkriegs und an biblische Szenen im Kontext von Befreiung bzw. Vergessen, Gedenken und Erinnerung angesichts der Erfahrungen von Hass, Gewalt und Neid. Den Satz in der katholischen Eucharistiefeier „Tut dies zu meinem Gedächtnis“ interpretierte Bendel als Auftrag für eine „befreiende Erinnerung“. Mit Blick auf die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen 1945/46 sprach er von einer „Heimat aus den Koffern“ – ein Fluchtgepäck mit oft unsichtbarem Inhalt – und von „Schritten in ein neues Umfeld“, die auch mit Ballast und Hindernissen verbunden gewesen seien. „Der Migrationshintergrund lässt sich nicht immer wegdrücken“, konkretisierte der Vorsitzende. Zu bedenken sei ferner, dass zu den historischen Aspekten auch Fakten auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene kamen. Damit gewinne die Frage nach der Integration und Migration in Zusammenhang mit verändernden Impulsen – insgesamt die Erinnerungskultur – an Bedeutung.

In der ersten Arbeitseinheit ging es um Medien der Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Die Moderatorin Dr. Elisabeth Fendl gab in ihrem Impulsreferat zunächst einen Rückblick auf wichtige Stationen in eben diesem Bereich: die umfangreiche „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa“ aus den Jahren 1953 bis 1962, den Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes von 1953 (u.a. für Kulturarbeit, Ostkunde an Schulen) und die Begründung von Instituten sowie Räumen und Orten der Erinnerung. Der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ab 1969 seien oft die Erinnerungen von Vertriebenen entgegengestanden. „Die Erinnerungsmedien und -praktiken blieben unverändert“, stellte Fendl fest und belegte dies mit Themen von Sudetendeutschen Tagen jener Jahre. Nach der Wende 1989/90 habe sich dann ein „Erinnerungsboom“ entwickelt, da nun Archivquellen zugänglich wurden. In den Bereichen Ausstellungen, Literatur etc. seien viele Aktivitäten entstanden, dabei aber auch – nicht selten – Fehleinschätzungen. In jüngster Zeit hätten sich, so die Moderatorin, die Medienformen verbreitert und die Kommunikation verstärkt.

Konkret präsentierte sie vor allem Beispiele aus dem böhmisch-mährischen Raum: Heimatstuben und -sammlungen ab den 50er Jahren – in Verbindung mit Patenschaften, Benennung von Straßennamen, Heimatmuseen ab den 70er Jahren, ostdeutsche Heimatstuben ab den 90er Jahren in den neuen Bundesländern. Aktuell sei vielerorts ein „Heimatstubensterben“ festzustellen. Hier sei die Abgabe der Sammlungen entweder an das Sudetendeutsche Museum oder an Einrichtungen in den Herkunftsorten denkbar. Als weitere „Medien“ nannte Fendl die Heimattreffen (häufig mit einem „komplexen kulturell-politischen Charakter“, in den jüngsten Jahren aber gewandelt), Festzüge (früher mit Bildern der alten Heimat, seit den 90er Jahren mit Darstellungen von Flucht und Vertreibung), Vertriebenenendenkmäler, Briefmarken, Heimatbriefe und -bücher, das „gesprochene Wort“ (mündliche Erzählungen, Befragungen, Romane, Biografien) sowie Essen und Speisen aus der Heimat. Zuletzt hätten die sozialen Medien und Netzwerke an Bedeutung gewonnen – auch grenzüberschreitend, so Fendl abschließend.

Das Thema vertieften in einem Gespräch die Heimatpflegerin der Sudetendeutschen Christina Meinusch (per Computer zugeschaltet), Jana Nosková (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Arbeitsstelle Brunn) und Ingrid Sauer (Archivarin im Sudetendeutschen Archiv). Als aktuelle bzw. anstehende Projekte nannte Meinusch ein auf Zeitzeugenaussagen beruhendes Ausstellungsprojekt an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und die Erfassung sudetendeutscher Gräber auch auf deutschen Friedhöfen. „Das sind oft auch spannende Zeugnisse der bayerischen Ortsgeschichte“, erläuterte die Heimatpflegerin. In weiteren Zeitzeugenprojekten gehe es darum, „unterschiedliche Perspektiven von Flucht und Vertreibung zu sammeln“. Unterstützt werde sie von vielen Ehrenamtlichen aus der Erlebnisgeneration, was aber zunehmend schwieriger werde. Andererseits gebe es immer mehr Anfragen der jungen Generation – auch aus Tschechien – zu diesen Themen.

Den Fokus auf die früher in Brunn lebenden Deutschen hat Jana Nosková, die jedoch bedauerte, dass es fast nur Quellen über die tschechische Seite gebe. Daher seien mündliche Belege nötig, wozu ca. 45 biografische Interviews (sowohl Heimatvertriebene also auch in der Heimat Verbliebene) aufgenommen sowie schriftliche Erinnerungen festgehalten wurden – dokumentiert in zwei Büchern. „Damit wollen wir auch den tschechischen Brunnern zeigen, dass die Stadt multiethnisch – auch deutsch – und zweisprachig war“, erklärte die Wissenschaftlerin. Doch sie verwies auch darauf, dass Erinnerungen nicht immer mit dem tatsächlich Geschehenen übereinstimmen müssen. Die Weitergabe der Erinnerungen der Erlebnisgeneration an die nächsten Generationen sei

wichtig, interessante Vergleiche brächten zudem die Erfahrungen tschechischer und sudetendeutscher Remigranten. Schließlich befasst sich ein Forschungsprojekt mit der Situation in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei 1945 und in den Folgejahren, d.h. mit der Neubesiedlung dort. Sowohl die Entwicklung wie auch die heutige Situation werden beleuchtet, ebenso der Umgang mit der Kultur der ehemaligen deutschen Bewohner.

Die „Rettung von gefährdetem Kulturgut“ (Übernahme von Heimatstuben, Inventarisierung etc.) sei für das Sudetendeutsche Archiv ein „riesengroßes Projekt“, so Ingrid Sauer. Es gebe mehr tschechische als deutsche Anfragen, vor allem von Immobilienbesitzern, die Auskünfte wünschen. Einen guten Teil würden in letzter Zeit auch Nachlässe von Geistlichen bzw. Einrichtungen (z.B. Bestand des Sudetendeutschen Priesterwerks) ausmachen, Kontakte bestehen auch zu Kollegen in Tschechien. Eindringlich mahnte Sauer den Erhalt von Erinnerungen im Archiv an. „Was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt“, zitierte sie einen bekannten Ausspruch. Ihrer Ansicht nach wird die Bedeutung des Archivs steigen – auch mit Blick auf grenzüberschreitende Aspekte. Daher sei es immens wichtig, die Sachen sicherzustellen.

Mit „(Umstrittenen) Ikonen der katholischen Vertriebenen“ beschäftigten sich die Vorträge der zweiten Arbeitseinheit. Über „Gerhard Hirschfelder. Von der Identifikationsfigur der Vertriebenenjugend aus der Grafschaft Glatz zum Seligen von Polen und Tschechen“ referierte Prof. Dr. Michael Hirschfeld, IKKDOS-Vorstandsmitglied und Außerplanmäßiger Professor der Universität Vechta. Nach kurzen Informationen über das Leben des Priesters, der am 17. Februar 1907 in Glatz geboren wurde und am 1. August 1942 im KZ Dachau starb, widmete sich Hirschfeld vor allem der Rezeption dieses Geistlichen, der am 19. September 2010 im Dom zu Münster seliggesprochen wurde. NS-kritische Predigten und vor allem sein Anprangern der Zerstörung eines Bildstocks führten zu Verhören durch die Gestapo, schließlich zur Verhaftung und zur Überstellung ins Konzentrationslager. In dieser Zeit schrieb er Kreuzweggebete und einen Kommentar zu den Paulusbriefen. Zehn Jahre nach Hirschfelders Tod habe der schlesische Pfarrer Adolf Langer (1902 – 1965) erstmals, so Hirschfeld, ein Gedenken an den „tapferen Märtyrer-Priester“ initiiert und Ende der 1950er Jahre dann Kreuzwegorte eingerichtet. Angehörige der Erlebnisgeneration hätten den Prozess der Seligsprechung (Start im September 1998) eingeleitet – insbesondere Barbara Franke, die mit zwei weiteren Autoren im Jahr 1989 ein Buch über Gerhard Hirschfelder publiziert hat. „Das Grab von Hirschfelder wurde viel von Jugendlichen der Grafschaft Glatz besucht“, erläuterte Hirschfeld. Gegründet wurde ein internationaler Gerhard-Hirschfelder-Kreis, auch um Tschechen und Polen mit ins Boot zu holen. Im Mai 2002 wurden die Akten zur Seligsprechung (Briefe aus dem Gefängnis,

Kreuzweggebete, historisch-theologische Gutachten auf Basis von Zeugenaussagen) an den Vatikan übergeben. Im gleichen Jahr wurde erstmals eine Straße nach Gerhard Hirschfelder benannt, zum 60. Todestag gab es in Czerma/Tscherbeney eine große Gedenkveranstaltung, am 19. September 2010 erfolgte schließlich die Seligsprechung. Seither habe es, so Hirschfeld, viele Aktivitäten und Aktionen gegeben: Erstellen eines Kurzfilms durch Jugendliche im Raum Oldenburg, oft zweisprachige Gedenkplatten an allen Wirkungsorten Hirschfelders, ein trinationales Gebet sowie ein ihm gewidmetes Symposium, weitere Straßenbenennungen und ein Hirschfelder-Wettbewerb für Schüler. Hirschfeld betonte die kurze Dauer von nur zwölf Jahren für die Seligsprechung, die – auch seitens der Heimatvertriebenen – vehement vorangetrieben wurde und bei Papst Johannes Paul II. auf Interesse stieß. Deutlich machte der Referent aber auch, dass Hirschfelder vor allem als Seliger für Polen und Tschechen eingeführt wurde – „unterstützt von Heimatvertriebenen – auch aus der zweiten und dritten Generation -, die für Versöhnung stehen“. Daher gelte Hirschfelder bisweilen als „ein konstruierter Held ohne nachhaltige Verankerung im deutschen Katholizismus“, bilanzierte Hirschfeld.

Zwei in Vertriebenenkreisen bekannten, bisweilen umstrittenen Theologen widmete sich der freiberufliche Historiker Dr. Martin Renghart. „Kollektives und individuelles Gedächtnis im Widerstreit: Adolf Bertram und Maximilian Kaller im Gedächtnis ihrer Diözesanen“ lautete sein Vortragsthema. Zunächst ging der Historiker auf die Unterschiede bzw. Merkmale der individuellen bzw. kollektiven Erinnerung sowie deren Quellen ein. In der Kirchenzeitung des Erzbistums Breslau, über die Renghart promoviert hat, komme Bertram häufiger vor. Nach 1945, als die früheren Bistümer nicht mehr existierten und so auch entsprechende Quellen fehlten, würden individuelle Aspekte überwiegen. Laut Renghart wurde Bertram in ermländischen Publikationen und in der schlesischen Literatur als „Symbolgestalt“ gewürdigt, runde Geburts- und Todestage als Anlässe zum Gedenken (Gottesdienste) aufgenommen. „Die Beiträge sind abhängig vom Denken der jeweiligen Schriften“, erklärte der Historiker. In den 1960er Jahren habe das Interesse an Bertram ab- und die Kritik an ihm zugenommen. „Bei Kaller gab es weniger Kritik. Aber beide sind in den Erinnerungen nicht nur positiv dargestellt“, relativierte Renghart. Auch das habe wohl gegen die Einleitung von Seligsprechungsprozessen gestanden, zumal beide zum Teil auch seitens der Diözesanen kritisiert wurden. Zusammenfassend meinte der Geschichtswissenschaftler, dass anfangs die individuelle Erinnerung dominiert habe, ab den 1960er Jahren dann die kollektive Erinnerung. Eine umfassende Biografie über Bertram sei erst im Jahr 2015 erschienen, basierend vor allem auf kollektiver Erinnerung. Zu Kaller habe es bereits 1960 eine „biografische Skizze“ gegeben.

Vor allem aus dem Blickwinkel der Heimatzeitungen „Unsere Post“ und „Gerhardsbote“ stellte der Historiker Robert Pech den donauschwäbischen Politiker Ludwig Leber (1903 – 1974) vor. Bereits als Student hat Leber die Gründung von Vereinen der deutschen Minderheit unterstützt. Nach seiner Internierung (Juni 1945) und schließlich Ausweisung (1946) stieg er in Stuttgart in die Caritas-Arbeit ein und gründete 1949 die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, wobei er auf die kirchlich-religiösen Aspekte (Wallfahrten, Kultur usw.) großen Wert legte. Auch in der Caritas bildeten Fragen der Heimatvertriebenen einen Schwerpunkt. Mit der Wahl in den Landtag von Württemberg-Baden im Jahr 1950 konnte er Einfluss auf die Flüchtlingsgesetzgebung nehmen. Die Initiierung des Gerhardwerks geht ebenfalls auf ihn zurück. Aufgrund seiner Verdienste wurde er in Nachrufen und späteren Beiträgen zu seinem Leben als „Vater der Ungarndeutschen“, „echter Christ und Patriot“, „väterlicher Freund der Ungarndeutschen“ oder „Mann des ungarndeutschen Volkes“ gewürdigt. Auch ein Zusammenhang mit dem ungarndeutschen Politiker, Germanisten und Literaturwissenschaftler Jakob Bleyer (1874 – 1933) wurde hergestellt, in dessen Fußstapfen Leber getreten sei. Vor allem Lebers „richtiger moralischer Halt in der alten und in der neuen Heimat“ sowie dessen „starker Glaube“ wurden hervorgehoben. Als „Diener seiner Landsleute“ wurde er zum 25. Todestag im Jahr 1999 gewürdigt, danach sei er – so Pechs Fazit – allmählich in Vergessenheit geraten.

Den aus Jernau in Schlesien stammenden Priester Carl Ullitzka (1873 – 1953) präsentierte der Historiker und Politologe Guido Hitze, der seit 2020 als Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen wirkt. Der Untertitel seines Vortrags „Verfemt, vergessen und jetzt neu entdeckt?“ verwies bereits auf das differenzierte Bild, denn Ullitzka war auch Zentrumspolitiker und von 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. Dennoch tauche er, so Hitze, nur wenig bzw. fragmentarisch in Publikationen auf, er scheint „kein zentraler Akteur“ gewesen zu sein. „Aber er war ein prominenter Vertreter seiner Partei, in führenden Gremien, stellvertretender bzw. erster Sprecher der Partei und Anwalt des deutschen Ostens – in Polen galt er jedoch als Unperson und in der Geschichtsschreibung der DDR als Anwalt des deutschen Imperialismus“, konkretisierte der Referent. Ebenso ambivalent waren die Urteile in Aufsätzen von Ende der 60er bis zum Beginn der 80er Jahre: Vorkämpfer, Freiheitskämpfer, Wachhalten der deutschen Vertriebenen bzw. „Imperialist“. Erst durch Hitzes umfangreiche Arbeit „Carl Ullitzka (1873 – 1953). Oberschlesien zwischen den Weltkriegen“ (1439 Seiten, 2002 erschienen) wurde das Leben und Wirken dieses Priesters und Politikers umfassend dargestellt. Diese Vita breitete Hitze im zweiten Teil seines Vortrags aus, wobei er besonders auf die Wechselwirkung von Seelsorge und Politik

(Ausgangspunkt Kommunalpolitik) einging. Vor allem die ab 1918 in Schlesien einsetzenden separatistischen Bewegungen verstärkten Ulitzkas politisches Engagement, beeinflussten aber auch spätere Beurteilungen etwa durch die Nationalsozialisten. Im Jahr 1933 wurde er von SA-Leuten niedergeschlagen, worüber sogar die „Times“ in London berichtete. Gegen seine Überzeugung stimmte er dem Ermächtigungsgesetz zu. „Darüber kam er nie hinweg“, stellte Hitze fest. Danach war Ulitzka ausschließlich als Seelsorger tätig, wo er auch für den Schutz nationaler Minderheiten eintrat – auch für polnischsprachige Gottesdienste. Im Sommer 1939 erfolgte seine Ausweisung bzw. Versetzung nach Berlin als Krankenhausseelsorger, wo er in Kontakt zum Kreisauer Kreis kam. Ende Oktober 1944 wurde er verhaftet und ins KZ Dachau deportiert, das er aber überlebte. Über Ratibor, wo er Morddrohungen erhielt, kehrte er nach Berlin zurück und war hier Mitbegründer der CDU. Sein Tod im Jahr 1953 hatte ein bundesweites Echo - auch aufgrund seines umstrittenen politischen Profils. In Köln und in Leverkusen wurden Straßen nach ihm benannt, anfangs der 2000er Jahre auch in Bernau (bei Berlin) die Straße vom Bahnhof zur Kirche. Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts stieg auch in Polen (Ratibor, Partnerstadt von Leverkusen) das Interesse an Ulitzka, der dort nun als Oberschlesier – nicht als Deutscher – betrachtet wird. „In Deutschland ist und bleibt er vergessen. Er ist eigentlich eine spannende Person in vielen Bereichen. Aber seit 23 Jahren gibt es keine weiteren Forschungen über ihn“, schloss Hitze seine Ausführungen.

Als Zeitzeugin war in der dritten Arbeitseinheit Christine Czaja, die Tochter des früheren Bundestagsabgeordneten und BdV-Präsidenten Herbert Czaja, eingeladen. Da die Familie Czaja in Stuttgart ansässig war, gehörte die Vertriebenenwallfahrt auf den Schönenberg zu den zentralen Veranstaltungen. Bis heute tief beeindruckt ist sie von der Wallfahrt im Jahr 1960, wo Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Kundgebung sprach und die Besucher mit Sonderzügen anreisten. „Auch in den Zügen wurde gebetet und gesungen“, schilderte Czaja. Die Zeitzeugin verwies auf weitere Funktionen und Bezüge ihres Vaters im Kontext der Heimatvertriebenen (Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen, Ackermann-Gemeinde, Caritas, Vertriebenenbischöfe, Visitatoren), aber auch auf manche „Elendslagen in Stuttgart“. Besonders in Erinnerung ist ihr auch die Wallfahrt im Jahr 1975 mit Otto von Habsburg als Redner. „Das war besonders für die Angehörigen der früheren Donau-Monarchie ein Erlebnis“, blickte sie zurück. Viele weitere Kundgebungsredner aus der Bundespolitik oder aus Bundesländern zählte sie auf, manche sprachen sogar mehrmals. Prägend für Czaja war die Wallfahrt im Jahr 1993, zu der Monika Hohlmeier als Rednerin kam und Herbert Czaja einen Herzinfarkt erlitt, von dem er sich erholte und dann sein umfangreiches Vermächtnis („Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an

Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik“) zu schreiben begann. „Die Wallfahrt ist durch den Schwund der Erlebnisgeneration geringer geworden“, spannte sie den Bogen in die jüngeren Jahre, wo nun zum Teil auch Aussiedler an der Wallfahrt teilnehmen.

Um „Religiöse Feiern“ ging es in der vierten Arbeitseinheit. Zunächst referierte Prof. Dr. Christel Köhle-Hezinger, emeritierte Professorin für Volkskunde (Empirische Kulturwissenschaft) an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, zum Thema „Neue Siedlungen – neuer Glauben?“ Anhand ihrer Untersuchungen warf sie einen Blick auf Vertriebenenfamilien in den 1950er Jahren (Wohnungen, Ausstattungen, Spielzeug, Speisen), auf diese Aspekte bei Familien anderer Konfessionen, Erfahrungen im öffentlichen Raum, den Religionsunterricht, gesprochene Dialekte, Brauchtumspflege (z.B. Maibaum, Fronleichnamsprozession mit Musik und Fahnen, Rosenkranz) bis hin zum Bau einer eigenen katholischen Kirche sowie dem Entstehen komplett neuer Siedlungen für die Heimatvertriebenen. Bei den Heimatvertriebenen bildeten sich mehrere Charakteristika heraus: eine nicht an eine Gemeinde gebundene Atmosphäre und das Ermöglichen neuer Frömmigkeitsformen. Die zunächst noch vielfach vorhandene Bindung an Heimatorte und -landschaften in der alten Heimat nahm ab den 1990er Jahren ab, die „Kirche-Heimat wurde identisch mit der Wallfahrtsheimat“, so Köhle-Hezinger. Exemplarisch der Schönenberg wurde ab ca. 1954 für alle Heimatvertriebenen zu einem zentralen Wallfahrtsort, ab 1980 auch für Aussiedler.

Zu einem weiteren Thema, nämlich „Von der Vertriebenenwallfahrt zum Erinnerungsort. Herausforderungen einer Bewahrung für die Zukunft“ sprach Prof. Dr. Michael Hirschfeld. Ein Hintergrund dafür war, dass einige lange Zeit ausgeführte Vertriebenenwallfahrten entweder bereits eingestellt wurden oder mit ihrem 75-jährigen Jubiläum vor einer Zäsur stehen. Man kann also von einer „sterbenden Tradition“ sprechen. Die Frage stellt sich, wie eben diese Veranstaltungen oder Elemente davon in die Zukunft zu retten sind. „Vertriebenenwallfahrten sind ein Produkt der Nachkriegszeit und an die Erlebnisgeneration gebunden“, stellte Hirschfeld fest. Ein Ansatz war, die Wallfahrten der einzelnen Landsmannschaften in eine zu bündeln. Vielfach wurde zudem die politische Kundgebung gestrichen. In jüngster Zeit wurde dafür die Flüchtlingsthematik mit aufgenommen. „Aktuell gibt es einige Versuche, neue Wallfahrten zu etablieren. Und Wallfahrten in die alte Heimat, in geistliche Zentren dort, mit Begegnung mit der deutschen Minderheit“, schilderte Hirschfeld. Er nannte auch Teilnahmen an Wallfahrten der deutschen Minderheit, stellte aber auch die Frage, wie lange es diese Formen noch geben wird. Speziell die Vertriebenenwallfahrt 2025 auf dem Schönenberg mit dem Themenfokus auf die Ukraine

deutet für den Referenten eine mögliche Lösung an: die Integration aktueller Zeitfragen – konkret den Aspekt „Frieden“. Damit könnte auch die junge Generation gewonnen werden. Ein weiterer Ansatz für Hirschfeld ist, die Wallfahrten bzw. konkrete „steinerne Zeugnisse“ (Gedenktafeln, Bildstöcke usw.) als Erinnerungsorte gegen das Vergessen zu verankern.

Einem anderen Aspekt widmete sich Dr. Marius Linnenborn, der Leiter des Deutschen Liturgischen Instituts in Trier. Er machte sich theologische Gedanken zum Thema „Liturgische Überlegungen zur Gestaltung der Erinnerungskultur“. Die Worte nach der Wandlung in der katholischen Eucharistiefeier „Tut dies zu meinem Gedächtnis“ nahm er als Ausgangspunkt und erläuterte die verschiedenen Dimensionen dieses Satzes: darin enthalten sind verschiedene Zeitebenen, die Gegenwart Christi in der Messfeier, der Dialog zwischen Gott und den Menschen. „Jeder Gottesdienst hat auch ethische Dimensionen, ein Gedenken an die Leiden heute“, konkretisierte Linnenborn. Am Beispiel der Grafschaft Glatz zeichnete er das liturgische Leben der Vertriebenen nach. So waren vertriebene Priester oft Urheber für Aktionen und Initiativen in Diasporaregionen, auch um den Zusammenhalt in der Fremde zu stärken. Für die Vertriebenenwallfahrten nannte er verschiedene Inhalte und Phasen: Trost und Trauer; Ermutigung, sich in der neuen Heimat einzusetzen und einzubringen; ein katholisches Glaubenszeugnis geben; Bewahrung, Zusammenhalt, kulturelle Prägung; Austausch und Geselligkeit; Lieder (zum Teil emotionaler) aus der alten Heimat. „In der jetzigen Phase kommt die Erlebnisgeneration langsam am Ziel ihres Pilgerweges an. Es gibt kaum noch Gottesdienste bei Orts- und Heimattreffen“, beschrieb der Theologe die Situation. Neben den traditionellen Wallfahrten nach Telgte und Werl gibt es Buswallfahrten in die Grafschaft, wo die Pilger ihre Lieder, Bilder, Statuen etc. mitbringen. Die Entwicklung ist für Linnenborn vergleichbar mit der in Pfarreien. Er deutet dies aber auch so, dass daraus die positive Integration der Familien in ihrer neuen Heimat sichtbar wird. Auch er empfahl die Pflege der steinernen Zeugnisse. „Wahrscheinlich gibt es immer weniger Gottesdienste, eher Gedenkfeiern mit dem Lesen eines religiösen Textes bzw. mit verschiedenen Konfessionen und Religionsgemeinschaften“, skizzierte er den Wandel vom persönlichen zum institutionellen Gedenken.

In der abschließenden fünften Arbeitseinheit standen „Zentrale Orte“ im Mittelpunkt. Ewa Kruppa, die im Museum Friedland die Sammlung und das Archiv betreut, gab einen Einblick in das „Grenzdurchgangslager Friedland. Geschichte. Gegenwart. Zukunft“. Als Basis nannte sie die zweibändige Chronik des damaligen Lagermitarbeiters Friedrich Hirsch aus den frühen 1950er Jahren, in der auch die Sorgen und Nöte der Menschen sowie die Hilfen verschiedener Einrichtungen beschrieben werden. Das Lager wurde lange Zeit als „Tür in

den Westen“ titulierte, mit dem Rückgang der Ankommenen, der Veränderungen bei den Aufnahmeverfahren und des neuen Schwerpunkts auf Aussiedler beschloss der Landtag von Niedersachsen, hier eine nationale Gedenkstätte einzurichten – ein Museum mit einer Dauerausstellung. Damit sollte sowohl die historische als auch die gegenwärtige Migration gewürdigt werden – als Brücke von der Vergangenheit in die Gegenwart. Eine wichtige Voraussetzung ist für Kruppa die Empathie, mit der man dieser Thematik begegnen sollte. Detailliert beschrieb sie die einzelnen Erinnerungsräume, die Geschichte des Lagers, die Daten und Fakten zu den seit 1945 aufgenommenen Menschen, die Rolle der hier tätigen Wohlfahrtsverbände usw. Besonders erwähnte sie die bereits im Jahr 1948 errichtete evangelische Kapelle, die 1955 gebaute Heimkehrerkirche und die Friedland-Glocke als Symbol der Freiheit. Zum Konzept gehören auch Erzählungen von Zeitzeugen - bisher liegen ca. 200 Interviews vor – und Begegnungen mit Schülern oder auch Politikern. „Friedland ist ein Ort der Erinnerungen, der Begegnungen, des Austausches und der Teilhabe. Es ist ein dynamischer und sich wandelnder Erinnerungsort“, fasste Kruppa zusammen. Auch heute nicht mehr sichtbare Zeugnisse werden bei Veranstaltungen unterschiedlicher Formate (z.B. Kunst am Bau) ins Gedenken integriert.

Ergänzend warf Dr. Thomas Scharf-Wrede, Vorsitzender der Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland und langjähriger Leiter des Bistumsarchivs Hildesheim, einen Blick auf die „Bedeutung von Friedland für das Bistum Hildesheim“. Besonders das dortige Gotteshaus bezeichnete er als „religiös-spirituellen Erfahrungsort“ – unter anderem aufgrund der Fenster, der Taufkapelle oder auch des Kreuzwegs und der Bilder, „die an Krieg und Leid erinnern“. Scharf-Wrede schlug vor, die Kirche Sankt Norbert, die katholische Kirche in Friedland, noch stärker in die „Vergegenwärtigungskultur“ einzubeziehen – auch unter dem Gesichtspunkt der Zweitnutzung des Gotteshauses. Das entspräche zudem der Anpassung an die Herausforderungen der Zeit.

Nach Niederbayern, konkret ins Bistum Passau, ging es im Referat des Historikers Dr. Markus Schubert. Er stellte anhand einiger Beispiele die dortige „Erinnerungslandschaft“ vor, wobei er die 1950er Jahre als erste Hochphase der Entstehung von Mahnmalen für Flucht und Vertreibung nannte. Inhaltlich war der Verlust der Heimat das prägende Motiv. Schubert stellte Gedenksteine bzw. -stätten, Mahnkreuze, Gedenktafeln usw. in sieben Orten bzw. Plätzen vor und beschrieb die Initiativen/Initiatoren, die Gestaltung und ggf. die Umgestaltung in späteren Jahren. Oft befinden sich diese Mahnmale in Friedhöfen, ein Beispiel (aus Neuindling bei Pocking) war donauschwäbischen Ursprungs – und auch neueren Datums (30. August 2000).

Abschließend präsentierten Dr. Thomas Scharf-Wrede und Prof. Dr. Klaus Unterburger, Inhaber des Lehrstuhls für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Ergebnisse der (nichtrepräsentativen) Umfrage „Diözesane Erinnerungsorte an Flucht und Vertreibung in Deutschland“. Bis auf drei/vier gab es von allen Diözesen Rückmeldungen, wobei aber ein sehr weites Verständnis und damit größere Gesamtzusammenhänge zu beobachten waren. Als „weißen Fleck“ bezeichnete Scharf Wrede das Erzbistum Hamburg, keine Daten gab es auch vom Bistum Dresden-Meißen. Stätten und Aktionen der Erinnerung an Vertreibung sind Wallfahrten, Patrozinien, Lager, Siedlungswerke, Vertriebenenstädte, Kindergärten, Altenheime, Straßenzüge, neu gebaute Kirchen, Kriegergedächtnisstätten sowie spezielle Verbände und Seelsorge, Veranstaltungen (Nepomuk- und Barbarafeier, Fronleichnamsprozessionen) und kulturelle Dinge (Lieder, Andachten usw.).

Der Tagungsort „Schönenberg“ war ja bewusst gewählt durch die traditionelle Wallfahrt der Heimatvertriebenen hierher – im Jahr 2025 war dies zum 75. Mal. So gehörte auch eine Besichtigung bzw. Führung in der Pfarr- und Wallfahrtskirche „Zu Unserer Lieben Frau“ zum Programm. Pater Wolfgang Angerbauer vom örtlichen Konvent der Redemptoristen informierte über die bis Ende des 30-jährigen Krieges zurückgehende Geschichte des Gotteshauses und erläuterte die Gemälde, Ausstattungsgegenstände und Figuren sowie die damit zusammenhängenden Künstler und Baumeister wie auch Legenden und Heilungsgeschichten. Damit entwickelte sich das Wallfahrtswesen, das nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Heimatvertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten hierher aufnahmen.

Markus Bauer

